

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

F/XXI/206

Bonn, den 27. Oktober 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Pokern mit der Demokratie</u> Zwischenbilanz einer latenten Krise	49
2	<u>Schwäbische Kunde 1965/66</u> Späte Einsicht Von Herbert Bermeitinger	45
3	<u>Mitteldeutscher Alltag</u> Leuna-Werke feiern 50-jähriges Jubiläum	36
4	<u>Irmer wieder Überraschungen in Spanien</u> Neue Entwicklungen in Spanien bei den Studenten und Arbeitern Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid	43
5 - 7	<u>Indien und die Bundesrepublik Deutschland</u> Falsches deutsches Verhalten kann großen Schaden anrichten Von Georg Kahn-Ackermann, MdB	114
7	<u>Internationalisierung der Vatikanischen Diplomatie</u> Die Ernennung von Prälat Bruno Wüstenberg zum Päpstlichen Nuntius in Tokio	35

+ + +

Poker mit der Demokratie

Zwischenbilanz einer latenten Krise

G.M. - In diesen Tagen wird auf der politischen Bühne in Bonn - vor den Augen der Welt sichtbar - das Drama der Unzulänglichkeit eines Bundeskanzlers und des Pokerspiel ehrgeiziger Parteiführer aufgeführt. Alles zusammen ist das ein Pokerspiel um die deutsche Demokratie, Fraktions- und Parteiführer wie Barzel, Wende oder Strauss mögen sich furchtbar schlaue Vorkommen, wenn sie im Wirbel fehlender Haushaltsmilliarden den starken Max spielen, um ihre Hilflosigkeit vor der Öffentlichkeit zu verbergen; sie mögen auch taktische Winkelzüge zur Verbesserung ihrer Positionen in kommenden Landtagswahlkämpfen machen. Alles das täuscht nicht darüber hinweg, dass die Union keine Union mehr ist, die Koalition faktisch aufgehört hat zu existieren und der Bundeskanzler mit seinem Kabinett sich schon längst im Zustand der Illegalität befindet.

Die legale Existenz der noch amtierenden Bundesregierung wäre unantastbar, wenn sie - wie das Grundgesetz es vorschreibt - dem Parlament einen ausgeglichenen Haushalt vorgelegt hätte. Sie tat das nicht und befindet sich infolgedessen ausserhalb der Legalität.

Im Lande draussen spürt man das; im Ausland auch. Zunehmend wird gesagt, "die da oben" oder "die Demokratie" taugten nichts. Unterschwellige antidemokratische Strömungen werden bemerkbar. Für alles das tragen die Unionsparteien und die FDP gemeinsam die Verantwortung. Sie mögen noch so viele schillernde Argumente vorbringen, um ihr unverantwortliches Handeln zu vernebeln. Niemand kann sie von den Vorwürfen freisprechen, eine Entwicklung zugelassen zu haben, blindlings in eine Situation hineingestolpert zu sein, die einer Staatsführung unwürdig ist.

Unser Volk ist vernünftigen Argumenten durchaus zugänglich; unzählige Beweise sprechen dafür. Wenn die Staatsführung und die sie tragenden Parteien den Mut haben, offen mit dem Volk zu sprechen, ist es bereit, auch Lasten und Verantwortung zu tragen. Das ist aber nie geschehen. Im Gegenteil, man hat unser Volk jahrelang von höchster Stelle aus dazu angehalten, sich in dem Glauben zu wiegen, die allmächtige CDU und die von ihr in erster Linie gestellte Regierung könne immer alle Schwierigkeiten meistern. Noch vor der Bundestagswahl 1965 verhinderte man durch Wahlversprechen jede längerfristige Haushaltsplanung. Regierung und Mehrheitsparteien verhielten sich wie ein schlechter Familienvater, der so tut, als sei sein Portemonnaie voll und sich gibt, als könne man alle Feste feiern, der in Wirklichkeit aber schon längst weiss, dass der Gerichtsvollzieher vor der Haustür steht.

Kein Sozialdemokrat kann über diesen Zustand erfreut sein; er kann nicht einmal hämisch lächeln. Wir wissen: unser Volk hat diese Benachteiligung nicht verdient. Deswegen steht die Sozialdemokratie mit ihren Erfahrungen bereit, den Zustand der Solidität in der deutschen Politik wieder herbeizuführen. Sie wird aber nicht Anspitzer oder Erfüllungsgehilfe sein, sondern mit Kraft darauf hinwirken, dass unser Volk das Urteil über diese Regierung fällen kann. Das Pokerspiel mit der deutschen Demokratie muss beendet werden.

Schwäbische Kunde 1965/66 ...

Späte Einsicht

Von Herbert Bermeitinger

Richard Brügner, der stellvertretende CDU-Landesvorsitzende von Südwürttemberg, hat im schwäbischen Spaichingen in öffentlicher Versammlung klipp und klar gesagt, wie es um die Union bestellt ist. Der gegenwärtige Zustand sei, so Richard Brügner, keine "chronische Kopfrippe", vielmehr kranke die Partei bis zu den untersten Gliedern. Die CDU-Mitglieder seien nicht solidarisch genug und zu wenig von mitmenschlichem Denken geprägt. Zu viele Prominente seien, ohne dass die Ziele der Partei ihre Ideale gewesen wären, in Spitzenpositionen "hochgehievt" worden. Anstatt die Hand am Pulsschlag des Volkes zu halten, mache die Prominenz der Partei ihre Verbundenheit mit dem "kleinen Mann" nur in jovialen Gesten kund.

Vize-Landesvorsitzender Brügner gestand auch laut "Schwarzwälder Bote" unumwunden zu, der neue Bundeskanzler habe, anstatt Massnahmen zu ergreifen, zu Appellen gegriffen, die ihn, Erhard, der Lächerlichkeit preisgegeben hätten. Gültige Spielregeln der Partei seien ausseracht gelassen worden, der Bundeskanzler sei seiner Partei fremd geblieben. Im übrigen vertrat der prominente CDU-Redner die Meinung, die Krise der Union liege auch darin begründet, dass die stete wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung alle habe glauben lassen, für immer das beste Rezept bei der CDU zu haben.

Die Offenheit des schwäbischen Politikers nötigt Respekt ab. Aber man wird auch daran erinnern müssen, dass es kluge Schwaben gegeben hat, die die Krankheit der Union schon vor den Bundestagswahlen 1965 erkannten und dies nicht minder deutlich auch öffentlich ausgesprochen haben. Die Christlichen Demokraten sollten heute einmal nachlesen, was ein prominenter schwäbischer, der CDU sehr wohlwollend gesinnter Publizist wie Klaus Harpprecht in der in der Schwabenmetropole Stuttgart erscheinenden Wochenzeitung "Christ und Welt" am 20. August 1965 der Wählerschaft ins Stammbuch schrieb. Harpprecht verkündete damals, vier Wochen vor der Bundestagswahl, unter der aufrüttelnden Überschrift "Wer kann die CDU retten?" unter anderem einen "verschleppten Selbstmord durch Überanstrengung" für die Union, falls alles bleibe, wie es ist, "liessen unsere Landsleute über Mende, Schröder, Hassel, Höcherl wirklich ihren vollen Segen regnen."

Nun, vor allem die Schwaben im Südwesten liessen tatsächlich bei der Wahl am 19. September in besonderem Masse über die Union regnen, obwohl der Schwabe Harpprecht ihnen für diesen Fall voraussagte:

- * "Denn, gerade darn, hätten sie, die Wähler, fürchte ich, die radikalste Entscheidung getroffen: Sie hätten der Christlich-Demokratischen Union die Chance einer Reformation verweigert."

Die Ereignisse der letzten Monate, Wochen und Tage haben im übrigen auch von A bis Z die Richtigkeit der härtesten These ergeben, die Harpprecht aufstellte: "Erhards qualmiges Pathos und der Funktionalismus seiner Hauptminister sind ein chronisches Unrecht, das die Union nicht vier weitere Jahre erträgt, ohne ein Fiasko zu riskieren."

Mitteldeutscher Alltag

Leuna-Werke feiern 50-jähriges Jubiläum

Die weltbekannten Chemiewerke in Leuna feiern am 13. November ihren fünfzigsten Geburtstag. Die 30 000 Beschäftigten, die in den "Leuna-Werken, Walter Ulbricht" ihre Arbeit verrichten, werden in dem größten Werk der "DDR" diesen Ehrentag feierlich begehen. Der Betrieb war im Krieg zu 80 Prozent zerstört worden, jetzt produziert der Betrieb die doppelte Menge an Chemiegütern gegenüber dem Jahr 1943. Der Ausstoß beträgt jährlich 1,4 Milliarden DM. (Mark deutsche Notenbank)

Regierungsabkommen "DDR"-UdSSR

Zwischen der Regierung der UdSSR und der Regierung der "DDR" ist ein neues Abkommen über das Nachrichtenwesen abgeschlossen worden. Wie es heißt, trägt das Abkommen den erhöhten Anforderungen zwischen beiden Ländern Rechnung, die sich aus der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zueinander ergeben. U.a. werden Grundsätze auf dem Gebiet der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit festgelegt.

"DDR" 1965 auf 25 Ausstellungen vertreten

Auf 25 internationalen Messen waren die Außenhandelsorgane der "DDR" vertreten. Außerdem nahmen diese Organe bzw. Betriebe an etwa 300 internationalen Handelsveranstaltungen teil: Fachausstellungen wurden in 50 Ländern organisiert. Besonders wurden Werkzeugmaschinen, Büromaschinen, Druckerei-, Textil-, Bau- und Straßenbaumaschinen, Landmaschinen, Nahrungs- und Genussmittelmaschinen und Erzeugnisse der optischen Industrie ausgestellt.

Disproportionen der Geschlechter

Im Jahre 1965 gab es in Ostberlin 13 711 Jugendliche im Alter von 15 und 16 Jahren. Davon waren 5 020, das sind 36,6 Prozent Jungen und 8 691, das sind 63,4 Prozent Mädchen. Bis zum Jahre 1970 werden sich diese Zahlen wie folgt verschoben haben: ca. 17 800 Jugendliche im gleichen Alter, wovon 42,6 Prozent Jungen und 57,4 Prozent Mädchen sein werden. Der unterschiedliche Anteil der Geschlechter wird nicht unerhebliche Auswirkungen auf die Berufswahl haben und die Behörden bemühen sich, Mädchen in entsprechenden Berufen unterzubringen.

Einen Orden den Hotel

Das Leipziger Hotel "Astoria" erhielt für besonders gute Leistungen den Orden "Banner der Arbeit". Das Hotel gehört der "Vereinigung-Interhotel" an, die 1965 gegründet wurde und in der vierzehn repräsentative Hotels in verschiedenen Großstädten zusammengeschlossen sind.

Immer wieder Überraschungen in Spanien

Neue Entwicklungen in Spanien bei den Studenten und Arbeitern

Von unserem DD-1-Korrespondenten in Madrid

Juan Luis Ortega-Escós, der vor wenigen Wochen einem Misstrauensantrag entgangene Präsident der "Studentischen Berufsvereinigungen" (APE), hätte auf den Rat seines Freundes hören sollen, des aus Barcelona stammenden Herausgebers einer Madrider Studentenzeitschrift. Als er selbst das "heisse Pflaster" der Universität Barcelona betrat und in mehreren Studentenversammlungen die Kommilitonen davon überzeugen wollte, APE sei "kein staatlich gelenkter und ausgehaltener Zwangsverein", holte er sich eine Abfuhr nach der anderen. Ortega-Escós, der es ehrlich meinte und die Wogen der studentischen Erregung glätten wollte, verlor die Fassung und wetterte: "Diesen sogenannten freien und demokratischen Studentenbund wird es nie geben"! Er bezog sich auf die entsprechende Organisation der Barceloneser Studenten, die den Zorn der Ministerialbürokratie herausgefordert hatte. Ortega-Escós, der nach Barcelona gekommen war, um Porzellan zu kitteln, begann damit, Porzellan zu zerschlagen...

Weniger Porzellan zerschlagen wollte allerdings die Polizei, die es überdrüssig zu werden beginnt, in der Öffentlichkeit als Büttel und Buhmann zu erscheinen. Als in Bilbao eine Kundgebung baskischer Nationalisten ("Separatisten" in Madrider Lesart, obwohl sie eine Los-trennung von Spanien nicht anstreben) über eine belebte Plaza marschierte, stand die Polizei Gewehr bei Fuß und wartete besonnen ab, bis sich die Demonstranten verlaufen hatten. Dann gingen auch die Polizisten zurück in ihre Wachstuben, ohne eine einzige Verhaftung vorgenommen zu haben.

Auch im Madrider Syndikatshaus erschienen sie nicht, als 200 Metallarbeiter mit Altfalangisten eine Schlägerei anfangen, nachdem sie sich über "Unregelmäßigkeiten bei den Syndikatswahlen" beschwert hatten. Wortführer der Metallarbeiter war wieder der Kommunist Marcelino Camacho-Abad, der in den vergangenen Monaten sehr viel von sich reden machte und - so seltsam es klingen mag - von gewissen Madrider Stellen als Gesprächspartner akzeptiert wird.

"Will die Falange den Dialog mit ihren geschworenen Feinden anknüpfen oder die Arbeiterbrüderschaften der Katholischen Aktion wegen ihrer oppositionellen Haltung als kommunistenhörig abstempeln"? Diese Fragen stellten sich zahlreiche politische Beobachter, als sie im Falange-Zentralorgan "Arriba" einen ganzseitigen Artikel entdeckten über den "New Look" der spanischen Kommunisten, die "jetzt das Gespräch und die Aktionseinheit mit allen Kräften der Opposition" suchten wie den Arbeiterbrüderschaften.

Nach dieser Veröffentlichung der Zeitung "Arriba" kann man nur mutmassen: auch Regierungsfunktionäre können oder wollen nichts zur Lösung dieses und manch anderer politischer Rätsel der letzten Wochen beitragen.

Indien und die Bundesrepublik Deutschland

Falsches deutsches Verhalten kann großen Schaden anrichten

Von Georg Kahn-Ackermann, MdB

Man kann nicht behaupten, daß gegenwärtig ein guter Stern über den deutsch-indischen Beziehungen strahlt. Das offizielle Verhältnis der Bundesrepublik und besonders das der Regierungsmehrheit im Bundestag zur indischen Republik ist in einer Weise durch Mißverständnisse und Vorurteile gestört, wie es für die Beziehungen zwischen Bonn und der an Bevölkerung zweitgrößten Nation dieser Welt als höchst bedenklich, ja sogar fahrlässig angesehen werden muß. Hierzu kommt, daß ein ursprünglich Anfang November vorgesehener Besuch des Bundeskanzlers in Delhi nach offizieller Lesart zwar auf Anfang Dezember verschoben worden ist, in Wirklichkeit aber wohl auch zu diesem Zeitpunkt nicht stattfinden wird. Dabei gälte es bei diesem seit mindestens 18 Monaten überfälligen Besuch eine Reihe von Fragen der deutsch-indischen Beziehungen zu erörtern, deren Klärung keinen Aufschub duldet.

Zu diesen Fragen gehört nicht nur das indische Verhältnis zur SBZ und der indische Wunsch in Ost-Berlin ein Handelskontor zu eröffnen, sondern vor allem auch die für Indien und seine Devisensituation außerordentlich ungünstige Handelsbilanz mit der Bundesrepublik. Gegenwärtig beträgt das indische Handelsdefizit bei einem Import von rund einer Milliarde DM aus der Bundesrepublik und einem Export von 200 Millionen an die BRD rund 800 Millionen. Die Ziffern zeigen die bemerkenswerte Position, die Indien als Handelspartner für die deutsche Wirtschaft gewonnen hat. Einige deutsche Unternehmer sind sich gleichzeitig über die wachsende Bedeutung des indischen Marktes für die Bundesrepublik im klaren. Auf der anderen Seite muß Indien angesichts dieses auf die Dauer nicht tragbaren Handelsdefizits nach einem Ausgleich in Form von langfristigen deutschen Exportkrediten oder von auf Rupienbasis abgewickelten Tauschgeschäften mit für Indien lebenswichtigen Importgütern suchen, wie sie in großem Umfang und einem für Indien günstigen Exportsaldo von der SBZ getätigt werden, solange sich die Bundesrepublik nicht weiter für den indischen Export öffnet.

Unter diesen Umständen wirkte es in Delhi wie ein Schock, als Anfang Juli die Mehrheit des Haushaltsausschusses die Beschlussfassung über den von der Bundesregierung zugesagten deutschen Konsortialbeitrag für den Vierten indischen Fünfjahresplan aussetzte, zumal es sich bei 180 von den zugesagten 240 Millionen um reine deutsche Exportkredite handelte. Die Entscheidung der CDU/CSU Mehrheit war aus zwei Quellen beeinflusst worden. Einmal durch das russisch-indische Kommuniqué anlässlich Indira Gandhis Rußlandbesuch über die "gegenwärtige" Existenz zweier deutscher Staaten und zum zweiten durch zum Teil recht subjektive Berichte, Wirtschaftshilfe für Indien bedeute Geld "in ein Faß ohne Boden zu schütten", obwohl das Faß bisher ein relativ soventer Milliardenkunde der deutschen Wirtschaft gewesen ist und deutsche Unternehmer gegenwärtig rund 150 Millionen Privatkapital in Betrieben investiert haben, die in Indiens Industrie eine katalytische Funktion erfüllen.

Die CDU/CSU Strategen übersahen bei ihrem Tun zweierlei. Erstens, daß die indische Haltung in der Deutschlandfrage bereits 1961 gleichlautend durch ein Moskauer Nehrukommuniqué festgelegt worden war,

ohne daß die Bundesregierung sich damals zu einem Monitum oder gar Protest in Delhi veranlaßt sah. Zweitens, daß das in dem Indira Gandhi-Kommuniqué hinzugetretene Wort "gegenwärtig" nichts an der erklärenden Haltung der indischen Regierung änderte, zur Erleichterung der Wiedervereinigung nur die Bundesrepublik diplomatisch und völkerrechtlich anzuerkennen. Drittens wurde übersehen, daß durch die Entscheidung im Haushaltsausschuß die Gewährung der einen Milliarde Dollar betragende Konsortialhilfe von acht Geberländern an Indien in einem Augenblick hinausgezögert wurde, in dem das Land vor Parlamentswahlen und die regierende Kongresspartei in schweren politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen mit den Kommunisten und der Linksoption steht. Jede Schwächung der wirtschaftlichen Lage des Landes bedeutet im Augenblick aber auch eine Schwächung der Kongresspartei.

Man wird sich ohne hin in Bonn damit abfinden müssen, daß die Kongresspartei zwar als Sieger aus den Wahlen hervorgehen wird, jedoch mehr als je zuvor e i n e m starken innenpolitischen Druck der Kommunisten und ihrer Verbündeten ausgesetzt sein wird, was die deutsche Position in Delhi nicht erleichtert und ihr beim Fortbestand der gegenwärtigen Mißverständnissen und Verstimmungen einen in seinen Folgen für unsere Deutschlandpolitik in der Dritten Welt gar nicht abzuschätzenden Stoß versetzen kann.

Die Aufrechterhaltung des Status quo in unseren die Deutschlandfrage betreffenden Beziehungen zu Indien, einschließlich einer nachhaltigen Verbesserung der politischen Atmosphäre in unserem Verhältnis zu dem nach wie vor größten und wichtigsten Land der Dritten Welt, wird zwar im Auswärtigen Amt, nicht aber bei der CDU und im Bundeskanzleramt, als wichtiger Eckpfeiler unserer Politik gegenüber den Entwicklungsländern betrachtet. Letztere übersehen offenbar auch, daß weder die gesamtwirtschaftlichen Statistiken noch das nur seit zehn Jahren anhaltende Geunke eines Teils der deutschen Wirtschaftsexperten in Indien die phantastische industrielle und wirtschaftliche Entwicklung wiedergeben, die in einer großen Zahl von Regionen des Landes Platz gegriffen hat. Viele der Kritiker, die unfähig sind, die indische Realität und mit ihr die Besonderheiten der Hindugesellschaft zu akzeptieren, geben in ihren Kritiken auch mehr ihre persönliche Abneigung gegen ein Land wieder, das sie nicht verstehen wollen und können, und in dem sie nach wie vor in einem neokolonialen Getto leben, was weit über 60 Prozent der deutschen Fachleute und Handelsvertreter tun.

In einem so großen Lande wie Indien muß man sich davor hüten, alles von Landsleuten Wiedergegebene zu verallgemeinern noch alles für bare Münze zu nehmen. So ist zum Beispiel die angebliche "neue Krise" in Rourkela mehr die Folge mangelnder Einsicht bei einem Teil des gegenwärtigen deutschen Beraterstabs, daß das Stahlwerk ein indisches Unternehmen der "Hindustan Steel Co" ist und nicht wie auch hierzulande immer wieder irrtümlich angenommen wird, ein mehr oder weniger deutsches Unternehmen, als irgendetwas anderes. Wahrscheinlich war die Bundesregierung nicht gut beraten, Rourkela allzulange als deutsches Prestigeunternehmen zu betrachten, weil das die Mißverständnisse im deutschen Beraterstab über die eigentliche Beratungstätigkeit und vermeintliche Führungsaufgaben nur verstärkt hat.

Briefe, wie sie der CDU-Abgeordnete Jahn nach oberflächlichen Blitzinformationsreisen und nach einseitiger Information an den

Außenminister gerichtet hat, - mit der Aufforderung, die Indiennhilfe einzustellen; weil jede Hilfe an dieses Land sinnlose Verschwendung sei, sollten daher als das angesehen werden, was sie sind - Ausfluß eines die Basis unserer Deutschlandpolitik schädigenden Unverständs und einer Voreingenommenheit gegen eine andere Welt mit der wir leben müssen und zu deren wirtschaftlichen Entwicklung die Bundesrepublik einen sowohl im wirtschaftlichen wie im politischen Bereich fühlbaren und - wie man in einem Jahrzehnt sehen wird - erfolgreichen Beitrag geleistet hat und weiter leisten sollte. Letzteres aber sollte der Bundeskanzler in jenes dringliche Notprogramm vor seinem Abtritt mitteilen.

+ + +

Internationalisierung der Vatikanischen Diplomatie

sp - Am 24. Oktober d.J. hat Papst Paul VI. den seit 1938 in Rom tätigen deutschen Prälaten, Dr. Bruno Wüstenberg zum Pronuntius beim Kaiserlichen Hof in Tokio ernannt. Er ist Nachfolger des belgischen Päpstlichen Diplomaten, Baron von Fürstenberg. Prälat Wüstenberg wurde 1912 in Krifeld geboren und absolvierte seine philosophischen und theologischen Studien in Bonn. 1938 zum Priester geweiht, erkannte man nach kurzer Seelsorgstätigkeit seine Fähigkeiten für die kirchliche Verwaltung und sandte ihn nach Rom, wo er nach seiner Promotion als Hilfsarbeiter in das Päpstliche Staatssekretariat übernommen wurde. Für einen Deutschen damals noch seltene Berufung. Er wurde für 25 Jahre nicht nur ein enger Mitarbeiter der beiden leitenden Männer des Staatssekretariats, Tardini und Montini, des heutigen Papstes, sondern auch als Referent für die Länder deutscher Sprache ein Vertrauter der letzten drei Päpste. 1948 wurde Wüstenberg Prälat und Mitglied der ersten unmittelbaren Päpstlichen Delegation an der Seite des Päpstlichen Legaten zur Wiedereinweihung des Kölner Doms. Seitdem sahen wir ihn ständig bei diesen großen Sonder-Gesandtschaften, zuletzt an der Seite des Kardinals Testa beim Eucharistischen Weltkongreß in München. Wichtig und bedeutsam ist die unauffällige und sachkundige Arbeit, die er an seinem vatikanischen Schreibtisch in den letzten 20 Jahren getan hat. Sie war besonders schwierig und verdienstvoll in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, in denen es galt, die Verbindungen zwischen dem Vatikan und den deutschsprachigen Bischöfen nach dem Chaos des Hitlerkrieges wieder zu normalisieren. Seine verbindliche Weltläufigkeit, seine Klugheit und Hilfsbereitschaft haben zahlreiche damals noch schwierigen Wege geebnet. Bei dem bekannten Besuch der von Fritz Erler geführten SPD-Delegation im Vatikan war er der einzige vatikanische Prälat an der Seite des Papstes.

Die Berufung von Prälat Wüstenberg in eine ebenso interessante wie des Faktes und der Weltoffenheit bedürftige Stellung in Tokio ist nicht nur als Würdigung vieljähriger verdienstvoller Arbeit unter drei Päpsten zu werten, sondern auch ein bedeutsamer Test für die Internationalisierung der vatikanischen Verwaltung, der Römischen Weltkirche.

+ + +